

# Die Laderampe muss weichen

*Bauausschuss stimmt für eine geradlinige Führung der Gneisenaubrücke – Land gibt 1,2 Millionen Euro mehr Zuschüsse als geplant*

Von Timo Teufert

Von ihrer Entscheidung zur Gneisenaubrücke aus dem Juli 2015 wollten einige Stadträte im Bauausschuss nichts mehr wissen: Damals hatten sie bei zwei Gegenstimmen entschieden, die wichtige Fußweg- und Fahrradverbindung zwischen der Bahnstadt und Bergheim als geradlinige Schrägseilbrücke weiter zu planen sowie den Pylonen nördlich der Gleise zu platzieren. Mit Änderungsanträgen wollten SPD, Bunte Linke und die Fraktion Die Linke/Piraten jetzt erreichen, dass die Brücke auf Bergheimer Seite verschwenkt wird. Damit wollten sie verhindern, dass die Brücke durch die Laderampe des ehemaligen OEG-Güterbahnhofs an der Gneisenaustraße geführt wird, wie in den Planungen vorgesehen.

„Die Brücke ist ein wichtiges Projekt, uns geht es aber vor allem um die Ausführung“, sagte SPD-Stadträtin Monika Meißner. Man habe keine Vorstellung von der Gesamtplanung für eine Fortführung des Fahrradweges in Richtung Norden. Die Mittel für eine fünfte Neckarquerung für Fußgänger und Radfahrer, die auch das ehemalige Autobahnende überspannen soll, waren erst vor einem halben Jahr vom Gemeinderat genehmigt worden. „Wir hatten zudem darum gebeten, auf die Belange des Vereins ‚Emmaus und Gewerkschaft‘ Rücksicht zu nehmen“, sagte Meißner. Der Verein, der sich für Menschen einsetzt, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Anstellung finden, und Mieter im alten



Durch die Laderampe des ehemaligen OEG-Güterbahnhofs (rechts im Bild, graues Dach) soll künftig die Brücke verlaufen, welche die Bahnstadt mit Bergheim verbinden wird. Foto: Philipp Rothe

OEG-Bahnhof ist, fürchtet Einschränkungen durch das geplante Bauwerk. Die Brücke soll nicht durch die Laderampe verlaufen, sondern einen Bogen um sie herum machen. „Eine geringfügige Verschwenkung halten wir durchaus für machbar“, sagte Bernd Zieger (Die Linke), und Hans-Martin Mumm (GAL) forderte, die Entscheidung über die Brücke so lange zurückzustellen, bis erste Skizzen der Machbarkeitsstudie vorlägen. Arnulf Weiler-Lorentz (Bunte Linke) zweifelte sogar an, dass es einen Projektbeschluss gebe.

„Wenn Sie die Brücke um ein Grad verschwenken, brauchen wir eine neue Planung. Dann ist auch eine neue Kreuzungsvereinbarung mit der Bahn notwendig und der Fördermittelbescheid ist dann auch weg“, ärgerte sich Baubürgermeister Jürgen Odszuck über die Anträge und verwies auf die Beschlusslage von 2015. Zudem sei die Planung, die rund eine Million Euro gekostet habe, ausführungsfähig, und das Land habe 1,8 Millionen Euro an Zuschüssen zugesagt. Bislang war die Verwaltung von 600 000 Euro Fördermitteln ausgegangen.

„Sie reden davon, 2,8 Millionen Euro in den Wind zu schießen“, mahnte der Baubürgermeister. „Wenn Sie keinen Beschluss fassen, rechne ich mit einer Verzögerung von sieben Jahren“, rechnete Tiefbauamtschef Jürgen Weber vor. Die Sperrungen für die Eisenbahn seien vor einem Jahr beantragt worden. „Kommt es jetzt zur Verzögerung, bekommen wir in den nächsten fünf Jahren keine Sperrzeiten, weil die Bahn selbst viel baut und Umleitungsstrecken durch den Hauptbahnhof führen.“

Odszuck plädierte noch einmal für die geradlinige Variante, die besser sei als eine Brücke mit Knick. „Das Denkmalamt befürwortet sogar einen Gesamtabriss der Rampe“, sagte Odszuck. Das wolle er aber nicht: „Ich habe persönlich zugesagt, dass zwei Dachfelder erhalten bleiben“, betonte der Bürgermeister. Der Verein sei in seinem Fortbestand in keiner Weise gefährdet. „Dafür stehe ich gegenüber dem Verein auch persönlich im Wort“, erklärte Odszuck. „Wir bleiben

beim Beschluss von 2015, die Trasse ist in Ordnung, und das vorrangige Ziel muss sein, die Mittermaierstraße so schnell wie möglich zu entlasten“, sprang Frank Wetzel (Grüne) dem Bürgermeister zur Seite.

Am Ende fanden die Anträge von SPD, Bunter Linker und GAL keine Mehrheit, Zieger hatte seinen Antrag zurückgezogen. Die Beschlussvorlage wurde schließlich mit der Stimme von Zieger und acht Stadträten verabschiedet, drei von SPD und Bunter Linker stimmten dagegen, GAL und Freie Wähler enthielten sich.